

http://www.morgenpost.de/berlin/article879507/Grosse_Mehrheit_der_Berliner_will_Kita_Volksbegehren.html

MEINUNGSUMFRAGE

Große Mehrheit der Berliner will Kita-Volksbegehren

Samstag, 13. September 2008 09:48 - Von Florentine Anders

Eine deutliche Mehrheit der Berliner kritisiert die Ablehnung des Kita-Volksbegehrens durch den Senat. Insgesamt 72 Prozent halten es für falsch, die Bevölkerung nicht über die Forderung nach besserer Ausstattung der Kitas abstimmen zu lassen. Das geht aus dem Berlin-Trend hervor, den die Berliner Morgenpost und RBB-Abendschau in Auftrag gegeben haben.

Die Mehrheit der Berliner hält die Ablehnung des Kita-Volksbegehrens durch den Senat für eine Fehlentscheidung. Obwohl die Initiatoren weit mehr als die erforderliche Zahl der Unterschriften eingereicht hatten, wurde der Antrag vom rot-roten Senat gestoppt, weil die Kosten zu hoch wären. 72 Prozent der Berliner finden diese Entscheidung falsch. Nur jeder vierte Berliner hält die Ablehnung aus finanziellen Gründen für richtig.

Das hat der Berlin-Trend der Berliner Morgenpost und der RBB-Abendschau gezeigt. Infratest dimap befragte dafür vom 5. bis 8. September 1000 wahlberechtigte Berliner. In der Formulierung der Frage wurde dabei deutlich auf die Folgekosten von etwa 100 Millionen Euro für die Umsetzung der Forderungen des Volksbegehrens hingewiesen.

Für eine Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten würden die Berliner eine solche Summe offenbar in Kauf nehmen. Anhänger aller politischen Lager sprachen sich mehrheitlich dafür aus, das Volksbegehren zuzulassen. Am stärksten ist diese Auffassung bei den Anhängern der FDP ausgeprägt. Hier votierten 77 Prozent der Befragten gegen die Ablehnung. Auch unter den Wählern der Regierungsparteien herrscht Unverständnis über die Entscheidung des Senats. 67 Prozent der SPD-Anhänger kritisieren die Ablehnung, bei den Anhängern der Linkspartei sind es 72 Prozent.

GRAFIK: Was die Anhänger der einzelnen Parteien meinen

Der Parteivorstand der Linken hat nun beschlossen, die Forderungen des Volksbegehrens unabhängig von der Ablehnung umzusetzen und provoziert damit einen Koalitions-Streit. In der SPD sorgt dieser Beschluss für Verärgerung, schließlich war man sich im August bei der Entscheidung über die Ablehnung des Volksbegehrens noch einig, dass die Kosten zu hoch seien. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Michael Müller, fordert von der Linken eine Erklärung für diesen Alleingang.

Die Linken versuchen zu beschwichtigen. Die Vorstellungen der Partei könnten durchaus weitreichender sein als die Absprachen in der Koalition, sagt Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linken. Der Beschluss sei eine Positionsbestimmung. In den Koalitionsgesprächen werde sich dann zeigen, was davon real umsetzbar sei.

KLAGE VOR DEM VERFASSUNGSGERICHT

Der Landeselternausschuss Kita bereitet unterdessen eine Klage gegen die Senatsentscheidung vor dem Berliner Verfassungsgericht vor. Der Bescheid des Senats sei zwar noch nicht zugestellt, die Initiatoren hätten nun aber Informationen aus der Innenbehörde zur Begründung der Ablehnung erhalten, sagt der

Vorsitzende des Landeselternausschusses Kita, Burkhard Entrup.

MEHR ZUM THEMA

MORGENPOST ONLINE

[Berliner Senat stoppt
Kita-Volksbegehren
Rot-Rot und das
Dilemma der
Volksentscheide
Rekordergebnis für
Kita-Volksbegehren
Schnelles Handeln ist
gefragt
Wo das Geld für
Berlins Kinder steckt](#)

IM NETZ

[Weitere Ergebnisse des
aktuellen Berlin-Trends](#)

„Der Senat geht von einer viel höheren Summe aus als wir“, sagt Entrup. Seiner Auffassung nach habe die Verwaltung falsch gerechnet und die Kosten bewusst in die Höhe getrieben. So habe die Verwaltung beispielsweise die Ausweitung des Rechtsanspruches auf einen Teilzeitplatz mit Zusatzkosten für sieben Stunden berechnet. Dabei gebe es bereits jetzt einen Rechtsanspruch für fünf Stunden. Lediglich die Differenz von zwei Stunden würde also zu Buche schlagen, sagt Entrup.

Die Initiatoren des Volksbegehrens hatten bewusst ihre Forderungen so gestaltet, dass ein Anteil von 0,5 Prozent des Gesamthaushaltes nicht überschritten wird, um so rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Forderungen des Kita-Volksbegehrens sind die Verbesserung des Personalschlüssels um ein Kind pro Erzieher, fünf Stunden Vor- und Nachbereitungszeit pro Woche für die Pädagogen, drei Tage Weiterbildung pro Jahr, einen Rechtsanspruch auf Teilzeitplätze für Kinder ab drei Jahren sowie eine freigestellte Leitungskraft ab 100 Kindern in einer Einrichtung.